

Der soziale Aufzug ist kaputt

Die Vermessung eines Ordnungsverlusts

Zehn Programmpunkte für die Wiedergeburt einer wohlstandsschaffenden Ordnung



Die Soziale Marktwirtschaft ist in ihrem Kern keine Politik permanenter Ergebnissteuerung und kein Umverteilungs-, Subventions- und Versicherungsprogramm. Sie verband Wettbewerb, Privateigentum, Haftung und freie Preisbildung innerhalb eines staatlich gesetzten Ordnungsrahmens. Eine Bundesrepublik Deutschland, in der man sich regelmäßig darin ergeht, sozialpopulistisch mit dem Füllhorn Gelder zu verteilen, Preise zu subventionieren und Risiken zu versichern verliert genau das, was sie einmal stark gemacht hat — das Versprechen, dass sich Leistung lohnt und damit die Perspektive, dass grundsätzlich „Wohlstand für alle“ immer und jederzeit möglich ist. Deutschland wechselt wie in einer Demokratie üblich politische Führungen; kehrt dabei aber nicht zu der Ordnung zurück, die die Grundlage

unseres Wohlstands war und ist: die Soziale Marktwirtschaft. Die Fehler für unsere miserable wirtschaftliche Entwicklung liegen dabei insbesondere sowohl im Verständnis einer Generation von Politikern, die in ihrer Mehrheit jeglichen Kompass für eine gute wirtschaftliche Entwicklung und eine lebenswerte Zukunft verloren hat; vielleicht aber auch nur zu schwach ist, für einen Orientierung gebenden Ordnungsrahmen zu streiten. Machen wir uns zudem nichts vor: die Politik hat dabei auch zugelassen, dass sich in den von den Steuerbürgern finanzierten Bürokratien, öffentlichen Unternehmen und Verwaltungen Personen „breit gemacht“ haben, die Entscheidungen treffen und Gelder verschwenden, ohne je dafür haften zu müssen. Die Rechnung zahlen am Ende die Steuerzahler.

Es bleibt zuvorderst eine einfach zu stellende Frage, an der sich alles entscheidet: Kann ein Kind aus einfachen Verhältnissen in Deutschland noch wie früher sozial stärker aufsteigen als seine Eltern? Solange die Antwort Nein lautet, ist alles andere politische Handeln weiterhin das Fortschreiben eines großen politischen Versagens und führt zu einem Vertrauensverlust in die Kompetenz nicht nur der politischen Entscheidungsträger.

Wer lediglich z. B. Förderprogramme addiert, arbeitet in der Kategorie des Nachjustierens und des Korrigierens von nicht gewünschten Ergebnissen, also z. B. von Preisen, Mengen, Einkommen und Standorten. Wer nach grundsätzlichen Prinzipien zur Schaffung einer guten Zukunft mit Wohlstand fragt, arbeitet hingegen insbesondere im Setzen eines Ordnungsrahmens, innerhalb dessen die Beteiligten frei disponieren können. Genau diese Unterscheidung,

regelbasierte Ordnungspolitik gegen unerwünschten Interventionismus, ständiges Nachjustieren und Ausbessern, stand immer im Zentrum der Väter unseres Wohlstands.

Es gibt einen Verdacht, der sich in unserem Land nicht mehr abschütteln lässt: dass wir weniger an einer Konjunkturschwäche leiden als an einem Ordnungsverlust; an einem Verständnis für ein gutes politisches Handeln. Seit Jahren in Folge tritt die deutsche Volkswirtschaft nahezu auf der Stelle. Man kann das natürlich z. B. mit Energiepreisen, Geopolitik und China erklären, dies ist sicherlich auch nicht bedeutungslos. Man kann es aber auch wie Eucken die Wirtschaftsordnung nennen: der Rahmen, in dem wirtschaftlich gut gehandelt wird. Und dieser Rahmen ist in Deutschland seit längeren in eine Richtung verschoben worden, die keine Regierungsumbildung mehr korrigiert. Unserer Gesellschaft ist der Kompass verloren gegangen.

Der Politik, um die es geht, hat einen Namen und eine Adresse: Erhards Soziale Marktwirtschaft als Grundlage des Wirtschafts- und Wohlstandswunders. Daraus lassen sich für die Gegenwart und eine gute wirtschaftliche Entwicklung mit „Wohlstand für alle“ insbesondere drei nicht verhandelbare Leitprinzipien ableiten. Erstens: Der Staat - und die für den Staat handelnden Personen - setzen die Regeln, aber spielen nicht mit. Zweitens: Wettbewerb ist keine Zumutung, sondern das wirksamste Sozialprogramm, weil er Preise senkt und sozialen Aufstieg ermöglicht. Drittens: Wer persönlich haftet, entscheidet — und wer entscheidet, haftet persönlich.

Von allen drei Leitprinzipien hat sich Deutschland in den vergangenen Jahren entfernt. Nicht durch einen Putsch, sondern durch tausend gut gemeinte und schlicht falsche Einzelentscheidungen.

Die Vermessung eines Ordnungsverlusts

Über alle Kassen des Staates läuft die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts — überwiegend nicht als eigener Verbrauch, sondern als Umverteilung. Die Subventionen — also das Instrument, über das in der Regel wirtschaftsferne Politiker mitentscheiden, welches Geschäftsmodell überleben soll — haben sich seit 2019 deutlich erhöht: Der Bund zahlte 2019 knapp 25 Milliarden Euro, im Jahr 2024 sind es über 67 Milliarden Euro. Mit Sondervermögen (Wirtschaftsstabilisierungsfonds, Klima- und Transformationsfonds) liegen die Gesamtfinanzhilfen deutlich höher. Die Bürokratie kostet die Volkswirtschaft nach Schätzungen des ifo-Instituts rund 146 Milliarden Euro potenzielle Wertschöpfung pro Jahr — dabei handelt es sich um eine Simulation: „Wie viel würde wachsen, wenn Deutschland Schwedens Bürokratie-Niveau erreichte?“ Unmittelbare Kosten (Normenkontrollrat) liegen bei etwa 65 Milliarden Euro jährlich.

2025 meldeten über 24 Tausend Unternehmen Insolvenz an — über 10 Prozent mehr als im Vorjahr und der höchste Stand seit 2014; darunter waren nach Angaben der DIHK mehr als 1.600 Industriebetriebe. Die Kammern warnen offen vor Abwanderung und Deindustrialisierung. Im ersten Halbjahr 2026 setzt sich der Trend fort: Fast 13 Tausend Unternehmensinsolvenzen, ein Plus von fast 7 Prozent und der höchste Halbjahreswert seit 2013. Es gilt: Weil wir den Prozess der wirtschaftlichen Erneuerung so lange behindert haben, kommt er nun gebündelt, ungeordnet und mit Macht. Wer die Erneuerung blockiert, verhindert nicht mögliche Belastungen — er verzögert sie nur, bis sie mit Wucht und teurer zurückkommen.

Der Preis für diese Fehlentwicklungen wird eher weniger von Konzernen als von der arbeitenden Mitte gezahlt. Bei einem Single mit Durchschnittsverdienst z. B. beansprucht der Staat in Deutschland über 49 Prozent der gesamten Arbeitskosten über Steuern und Sozialabgaben — laut OECD der zweithöchste Wert der Industriewelt (nur Belgien mit 52,5 Prozent höher) und weit über dem OECD-Schnitt von etwa 36 Prozent.

Bei aller Unsicherheit in der Schätzung: Die OECD hat bereits 2018 in ihrem internationalen Bericht zur sozialen Mobilität den sozialen Aufzug in Deutschland für „kaputt“ erklärt; es besteht eine geringe intergenerationale Einkommensmobilität. Nach dem damaligen OECD-Modell erreicht in Deutschland nur etwa jeder fünfte 25- bis 34-jährige, dessen Eltern keinen Abschluss im Sekundärbereich II haben. In Deutschland dauert es rechnerisch sechs Generationen, bis die Nachkommen einer einkommensschwachen Familie das Durchschnittseinkommen erreichen.

Insgesamt verfügten 2024 40 Prozent der 25-34-jährigen in Deutschland über einen Tertiärabschluss gegenüber 48 Prozent im OECD-Durchschnitt.

Der eigentliche Skandal wird jedoch ausgerechnet sozialpopulistisch mit dem Argument der sozialen Gerechtigkeit produziert und dem Wähler auch als solche verkauft. Ein Sozialstaat, der über alle Träger im Billionen Euro Bereich Leistungen bewegt und dabei die Durchlässigkeit einer Ständegesellschaft erzeugt, ist nicht sozial, sondern schlichtweg unsozial. Er ist konservierend, sichert Zustände und vernichtet Chancen. Kritiker sehen zudem die Gefahr, dass Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit genutzt werden, um

weitreichende Eingriffe in private Eigentumsrechte bis hin zu Enteignungen vornehmen zu können

Wer den Wettbewerb aussetzt — durch Subventionen, Preisdeckel, Bestandsschutz, Zuschüsse an Branchen, die keine Zukunft mehr haben —, streicht auf Dauer kein Risiko, sondern nimmt auch die persönliche Chance zum Aufstieg. Und die Chance war und ist der soziale Teil des Versprechens.

Neu ordnen heißt nicht abschaffen

„Zerstören, um neu zu beginnen“ ist als Stimmung verständlich, als Politik aber nicht nur gefährlich, sondern auch falsch. Ordnungspolitik im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft war immer das Gegenteil von Kahlschlag. Nicht weniger Staat um jeden Preis, sondern ein anderer Staat: einer, der den Wettbewerb schützt statt die Marktteilnehmer, der Rahmen setzt statt Ergebnisse, der Chancen finanziert statt Zustände.

Ein Kanzlerwechsel ändert daran nichts. Ein Strategiewechsel ändert daran nichts. Was sich ändern muss, ist die Ordnung — und zwar in Richtung dessen, was sie einmal war: ein Versprechen an die, die noch nichts haben. Dazu brauchen wir allerdings auch wieder vermehrt eine andere „Kaste“ von Politikern: Von Menschen, die dienen wollen und nicht sich selbst bedienen. Die das Wohl des Ganzen über ihr eigenes stellen und in diesen Sinne Verantwortung übernehmen.

Zehn Programmpunkte für die Wiedergeburt einer wohlstandsschaffenden Ordnung

1. Ordnungsrahmen statt Eingriff

Der Staat setzt Regeln und „haftet“ für ihre Durchsetzung.

2. Subventionen halbieren

Jede Subvention wird befristet, evaluiert, veröffentlicht — und ohne weitere Nachweise der Berechtigung im Zeitablauf automatisch beendet. Das gilt auch für Dauerposten. Der Bundesrechnungshof hat das Einsparpotential benannt; genutzt ist es nicht.

3. Arbeit entlasten

Wer beim Abgabengeil auf Durchschnittseinkommen bei 49,3 Prozent liegt, bestraft Anstrengung. Entlastung beginnt bei den unteren und mittleren Einkommen.

4. Haftung zurückholen

Wer entscheidet, trägt das Risiko und haftet.

5. Bürokratie als Kostenposten

Jede neue Pflicht ersetzt zwei alte mit gleichem Aufwand und mit ausgewiesenen Erfüllungskosten.

6. Rente ehrlich rechnen

Bundessteuern in einem System zu binden, das demografisch nicht trägt, ist Umverteilung von Jung zu Alt. Haltelinien brauchen einen Kassensturz.

7. Eigentum für alle

Aufstieg entsteht durch Besitz. Kapitalbildung, Aktiensparen und Wohneigentum müssen für Normalverdiener erreichbar sein, nicht steuerlich benachteiligt.

8. Bildung als Ordnungspolitik

Solange weniger als jeder Fünfte aus einem Elternhaus ohne Sekundarabschluss II einen Tertiärabschluss erreicht, ist jede Debatte über Gerechtigkeit Kosmetik.

9. Menschen tragen

Unternehmen dürfen scheitern. Menschen nicht. Gesichert wird die Person durch Qualifikation und Übergang — nicht das Geschäftsmodell durch Dauerhilfe. Das bedeutet konkret: Wenn ein Unternehmen scheitert, kann es geschlossen werden — die Arbeitnehmer haben aber das Recht auf Umschulung und Übergangsleistung statt auf unbegrenzte Subventionierung des fehlgeschlagenen Modells.

10. Der Test

Am Ende steht immer dieselbe Frage: Kann ein Kind aus einfachen Verhältnissen in diesem Land noch weiterkommen als seine Eltern? Jede andere Antwort als ein eindeutiges Ja ist das Fortschreiben eines Politikversagens.